

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 5

Artikel: Parteitag und Bundesratswahlen
Autor: Nobs, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330237>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JANUAR 1930

HEFT 5
9. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Parteitag und Bundesratswahlen.

Von *Ernst Nobs*.

So plötzlich, wie der Rücktritt von Bundesrat Haab gekommen ist, so überraschend hat sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz vor die Beteiligungsfrage gestellt gesehen. Nie zuvor ist in unserer Partei eine Frage von solcher Wichtigkeit in einer so raschen Kampagne und mit so starken Mehrheiten entschieden worden. Daß die Minderheit nur einen Anteil zwischen einem Drittel und einem Viertel aller an der Abstimmung sich beteiligenden Delegierten erreichen würde, hat niemand erwartet. Das zeigt am besten, daß der Parteitagebeschuß in der gesamten Zeitstimmung unserer Partei, das heißt den politischen Werbe- und den politischen Arbeitsvoraussetzungen der gegenwärtigen Epoche seine tiefe und letzte Begründung findet. Indem die Partei, nachdem sie an kommunalen und kantonalen Exekutivbehörden sich seit Jahrzehnten beteiligt, inskünftig auch die Bundesexekutive nicht länger ausnehmen will, hat sie einen Beschluß gefaßt, der dem Willen des allergrößten Teils der Arbeiterschaft entspricht. Die Partei hat sich also durch ihren Parteitagebeschuß von der Masse der Arbeiterklasse nicht entfernt, sondern hat sich gerade zum Ausdruck des politischen Willens der Arbeiterklasse gemacht. Das hat sich ganz besonders deutlich auch in den prächtigen Protestversammlungen *nach* den Bundesratswahlen gezeigt. Wir haben seit Jahren keine besser besuchten Versammlungen gehabt als diese. Gerade in diesen Versammlungen kam zum Ausdruck, daß die Arbeiterseele auf tiefste empört war über das der Arbeiterschaft neuerdings angetane Unrecht. Von unserem Beteiligungsbeschuß wie von der Haltung des Bürgertums ist eine agitatorische Grundwelle ausgegangen. Sie hat das Volk in den Tiefen aufgewühlt und Zorn und Entrüstung entfacht. Der propagandistische Erfolg wird nicht ausbleiben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere

schweizerische Partei gerade jetzt in einer Periode erfolgreichen Propaganda für die Mitgliedschaft und die Presse steht. Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Beteiligungsbeschluß somit keinesfalls zu bereuen. Da wir in den Gemeinden und Kantonen ebenfalls an der Arbeit der Exekutivbehörden teilhaben und damit keine illusionären Erwartungen verbunden haben, sind uns aus der Beteiligung auf diesen engeren Gebieten schwere Enttäuschungen erspart geblieben. Aehnliche Erfahrungen sind wohl auch von einer kommenden Bundesratsbeteiligung zu erwarten. Nachteile für die Arbeiterbewegung werden mit der Arbeit an Exekutivbehörden kaum verbunden sein, solange die sozialdemokratischen Behördevertreter lebendiger Ausdruck des politischen Strebens der Arbeiterklasse bleiben und sich nicht von ihr entfernen und entfremden. Aufgabe der Partei und all ihrer Organe bleibt es, derartige Fehlentwicklungen zu vermeiden und zu verhindern und für die unerläßliche Fühlungnahme zwischen dem Proletariat und seinen Repräsentanten zu sorgen. Nur ein schlechter und unwürdiger Vertreter der Arbeiterklasse vermöchte derartige Notwendigkeiten nicht zu erkennen und könnte in die Versuchung kommen, sich ihnen entziehen zu wollen. Kraftvolle Charaktere und bedeutende Persönlichkeiten werden aber gerade in schwierigen Zeitläufen, die ja auch wieder kommen werden, in sich selber jenes Maß von Selbständigkeit und Unabhängigkeit finden, um nicht zum Lohndiener bürgerlicher Wahlbehörde-Mehrheiten zu werden.

Wie haben sich nun die bürgerlichen Parteien zu dem sozialdemokratischen Anspruch auf eine Vertretung im Bundesrat verhalten?

Spaßig genug! Unmittelbar nach der Rücktrittserklärung Bundesrat Haabs, also in einem Zeitpunkt, da noch kein Mensch mit der Mutmaßung rechnen durfte, daß freisinnige Instanzen diesen Anspruch könnten schützen wollen, da ist die *konser-vative* Presse als erste für die Zulassung einer sozialdemokratischen Vertretung eingestanden. Freilich ist sie auch darin den andern bürgerlichen Parteien wegweisend vorangegangen, daß sie als erste Zulassungsbedingungen formulierte und damit gleichzeitig den übrigen bürgerlichen Parteien und Fraktionen die Auswege zeigte, auf denen die Anerkennung des sozialdemokratischen Anspruches mühelos umgangen werden konnte. Das alles war ein Kunststück jesuitischer Art. Als dann freilich Ende Oktober das freisinnige Zentralkomitee die Berücksichtigung der Sozialdemokratischen Partei für die Bundesratswahl mit Zweidrittelmehrheit empfahl, da ist die konservative Presse alsogleich verstummt, und von der sozialistischen Minderheitsvertretung war dort hinfort nicht mehr die Rede. Die Konservativen fanden erst in dem Augenblick die Sprache wieder, da die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversamm-

lung sich für die Ablehnung des sozialdemokratischen Mandatanspruches ausgesprochen hatte. Von diesem Augenblick an hat die konservative Presse neuerdings die Deichsel gewendet und prinzipiell die Anerkennung der sozialdemokratischen Minderheitsansprüche gefordert. Diese eherne Grundsätzlichkeit hielt freilich nicht lange vor. Sie dauerte nur bis zur konservativen Fraktionssitzung, wo gerissene Reaktionäre mit dem Linksblock-Gespenst so lange und so geschickt Angst und Schrecken zu verbreiten wußten, daß die ganze Fraktion wie ein Mann auf die freisinnige Kandidatur Meyer einschwenkte. Durch die Wahl des Berner Bauernparteilers Minger und des Chefs der auf der äußersten bürgerlichen Rechten stehenden «Neuen Zürcher Zeitung» ist zweifelsohne die Rechtsrichtung im Bundesrat gestärkt worden. Der Linksentwicklung im Volke steht demnach hinfort ein eher noch mehr, noch entschiedener konservativ gerichteter Bundesrat gegenüber. Die bürgerlichen Parteipolitiker zogen diesen Ausgang der Bundesratswahlen allen andern Kombinationen vor, trotzdem die Gescheiterten unter ihnen sich darüber völlig im klaren waren und auch die weniger Schlaunen es jetzt ahnen, daß die Sozialdemokratie aus einem solchen Ausgang der Affäre den allergrößten politischen Gewinn ziehen mußte. Entweder galt es, die bürgerliche Politik so zu führen, daß man den sozialdemokratischen Anspruch anerkannte und ihn erfüllte, oder aber, daß man ihn grundsätzlich verweigerte. Die Inkonsequenz unserer bürgerlichen Politik ließ es zu, daß man die Berechtigung des sozialdemokratischen Begehrens zwar zugestand (es haben das neben den zahlreichen freisinnigen und konservativen Blättern u. a. auch mehrere Organe der Bauernpartei getan), aber die Wahl des unbestreitbar hochqualifizierten sozialistischen Kandidaten Klöti *hintertrieb!*

Die Inkonsequenzen einer solchen Politik sind eigentlich nirgends recht verstanden worden. Nach langem Schwanken hat im Bürgertum die Politik der extremsten Reaktion den Sieg davongetragen. Besonders aber muß die große Schwäche und Haltungslosigkeit der Freisinnigen Partei auffallen. Es geschieht nun zum zweiten Male, daß die Partei, die von 1848 bis 1919 die Schweiz mit absoluten Mehrheiten in Parlament und Bundesrat beherrscht hat, ihren Kandidaten in der Bundesratswahl nicht durchbringt und sich von den andern bürgerlichen Parteien einen nichtoffiziellen freisinnigen Kandidaten als Parteivertreter aufzwingen läßt. So geschehen im Dezember 1919 in der Wahl Maillefer-Chuard, und so neuerdings vorgekommen im Dezember 1929 in der Wettstein-Meyer-Wahl. Und die Freisinnige Partei und Fraktion ließ sich das gefallen, trotzdem sie immer noch die stärkste Fraktion der Bundesversammlung stellt und im gesamten Land am meisten Wähler zählt, da die Sozialdemokratische Partei noch um etwa 6000 Wähler

hinter dem Freisinn zurückbleibt (Nationalratswahlen 1928 unter Zuzählung jener Parteistärken in den Wahlkreisen, die im Herbst 1928 durch die stille Wahl gewählt haben: 232,000 Freisinnige gegen 226,000 Sozialdemokraten). Nicht bloß in den Ergebnissen solcher Bundesratswahlen zeigt sich die große Schwäche der bis vor kurzem herrschend gewesenen Partei, sondern auch in der seit ihrem Sturz (Herbst 1919) befolgten Wirtschaftspolitik. Die Angst vor weiterem bäuerlichem Wählerabfall hat tatsächlich in unsern Landen bewirkt, daß die Bauernpartei, trotzdem sie unter den vier großen Parteien die weitaus schwächste ist, eigentlich maßgebenden Einfluß auszuüben vermochte. Dabei ist allerdings zu sagen, daß der Freisinn sich dem kränkenden, demütigenden Ergebnis der letzten Bundesratswahl neuerdings gefügt hat, nicht deshalb, weil man auf freisinniger Seite das Unwürdige einer solchen Situation nicht zu erkennen vermöchte, sondern vielmehr noch aus dem Grunde, weil der Freisinn selber in zwei Fraktionen gespalten ist und die eine dieser beiden Richtungen dieses Ergebnis selber angestrebt und mitgewirkt hat, es herbeizuführen.

Es hätte freilich in der Hand der sozialdemokratischen Fraktion gelegen, nachdem ihr Kandidat nach dem dritten Wahlgang ausgeschaltet war, dennoch die Wahl von Ständerat Wettstein durchzusetzen. Die sozialdemokratische Stimmenzahl hätte ausgereicht, diesem Kandidaten zu jenem Vorsprung vor Meyer zu verhelfen, der zum Erreichen des absoluten Mehres erforderlich war.

Diese Frage kann mit vollem Recht aufgeworfen werden, und sie ist auch in der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung diskutiert worden. War man sich sehr klar darüber, daß der Chefredakteur der «N. Z. Z.» ein Exponent bürgerlich-großkapitalistischer Politik war, so war man sich um so mehr im unklaren darüber, aus welchen Gründen und auf Grund welcher Leistungen Ständerat Wettstein als Linkskandidat hätte gelten sollen. Herr Wettstein hat sich in all den Jahren viel zu gut anzupassen gewußt, als daß er als ein in allen Fällen und Situationen zuverlässiger Demokrat und Sozialpolitiker hätte gelten können. So entschloß sich die sozialdemokratische Fraktion, für den Fall der Nichtwahl ihres Kandidaten, darauf zu verzichten, den offiziellen freisinnigen Kandidaten aus den Spießbruten herauszuholen. Daß sie gut daran getan hat, zeigt auch das seitherige Verhalten der Zürcher Demokraten. Ihre Vertreter standen an der Spitze der Gratulations-Cour für Meyer. Zu all den andern schweren Schlägen und Enttäuschungen, die die Zürcher Demokraten in den letzten Jahren von freisinniger Seite haben entgegennehmen müssen, kommt ein neuer, und zwar der schwerste. Aber da maßgebende Demokraten selber mit ihren Sympathien auf der Seite Dr. Meyers

standen und zwischen Freisinnigen und Zürcher Demokraten prinzipielle Unterschiede der Anschauung und der politischen Praxis kaum mehr bestehen, war es richtig, daß die sozialdemokratische Fraktion sich in die inneren Angelegenheiten dieses merkwürdigen Parteigebildes nicht eingemischt hat. Herr Bundesrat Wettstein hätte bei seiner bekannten Gewandtheit zweifelsohne in Bälde das Vertrauen der ihn bekämpfenden bürgerlichen Richtungen zurückverdient, und seine Politik wäre demnach ungefähr die gleiche geworden wie die des Herrn Bundesrat Meyer.

Versprechen und Halten.

Von Johannes Huber, St. Gallen.

Der 12. Dezember hat der schweizerischen Arbeiterschaft die erstmals geforderte Vertretung im Bundesrat versagt. Der positive Wert dieses negativen Entscheides liegt darin, daß er die wahre Gesinnung der bürgerlichen Parteien offenbart und jede heuchlerische Rechtfertigung der an der Arbeiterschaft geübten Vergewaltigung unmöglich gemacht hat. Noch krasser wirkt diese Vergewaltigung, wenn man ihr frühere feierliche Versprechungen der bürgerlichen Parteien gegenüberstellt.

Am 12. November 1918, vormittags 11 Uhr, begannen die Beratungen des telegraphisch einberufenen Nationalrates über den Generalstreik. Bundespräsident Calonder gab in einer Ansprache den Standpunkt des Bundesrates bekannt. An die Spitze seiner Ausführungen zu den Forderungen des Oltener Aktionskomitees stellte er folgende Erklärung:

«Die möglichst rasche Umgestaltung des Bundesrates in der Weise, daß auch die Sozialdemokratische Partei darin eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung erhält, entspricht durchaus unserer Auffassung. Im Interesse des gesamten Staates und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sollten die Führer dieser Partei an der Arbeit und an der Verantwortlichkeit der Landesregierung sich beteiligen. Nach der Auffassung des Bundesrates sollte die Mitgliederzahl der eidgenössischen Exekutive so rasch als möglich auf neun erhöht werden, damit in allernächster Zeit der Sozialdemokratischen Partei eine Vertretung gewährt werden könne. Sollte die Vermehrung der Mitgliederzahl nicht belieben, so würde man Mittel und Wege finden, auch bei nur sieben Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei die ihr gebührende Vertretung einzuräumen.»

Als erster Redner der bürgerlichen Parteien sprach Dr. Robert Forrer, Präsident der damals noch allmächtigen freisinnig-